



LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
206 · Ausgabe BL·BS · Mai 2023




Mehr Lohn. Mehr Rente. Gleichstellung jetzt!

In Zeiten der Inflation, der Polizeirepression und des Angriffs des Arbeitgeberverbands auf Errungenschaften wie den 8-Stunden-Tag ist der 1. Mai ein bedeutender Tag für die Sozialdemokratie.

Alle Jahre wieder wird die Frage aufgeworfen, ob es den 1. Mai als Kampftag überhaupt noch brauche. Die Antwort darauf hat uns der Arbeitgeberverband mit seiner Forderung nach einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit und des Rentenalters direkt geliefert. Der 1. Mai hat seinen Ursprung im Jahr 1886, als Gewerkschaften einen Streik organisierten, um eine Reduzierung der täglichen Arbeitszeit von 12 auf 8 Stunden durchzusetzen. Die Forderungen haben sich im Wandel der Zeit geändert, Schwerpunkte wurden neu gesetzt. Seit den 20er-Jahren dominieren hauptsächlich Forderungen nach sozialer Sicherheit den 1. Mai. Der Angriff des Arbeitgeberverbandes auf die Rechte der Arbeitnehmer:innen zeigt, dass unsere Errungenschaften nicht als selbstverständlich zu erachten sind und wir sie weiterhin verteidigen müssen. Der 1. Mai ist der Tag der Arbeiter:innen und der Tag, an dem wir gegen Ausbeutung und schlech-



Tania Cucè, Landrätin



Marcel Colomb,
Vizepräsident SP BS

te Löhne auf die Strasse gehen und solidarisch für unsere Rechte einstehen.

Feste, die verbinden

Nicht gewandelt hat sich all die Jahre hindurch, dass der 1. Mai nicht nur ein Kampf-, sondern auch ein Festtag der Arbeiter:innenbewegung ist. Für viele Besucher:innen stellt der Festbesuch den Höhepunkt des 1.-Mai-Angebots dar. Das hat nicht etwa mit apolitischem Verhalten zu tun, sondern ermöglicht es engagierten Menschen, Energie zu tanken und sich direkt mit anderen politischen und gewerkschaftlichen Mitstreiter:innen aus der gesamten Breite linker Organisationen auszutauschen.

Ungleich verlaufene Maifeiern

In Liestal konnte dieses Jahr die Erst-Mai-Feier wie gewohnt stattfinden. In Basel-Stadt kam die Feier jedoch zu kurz. Die Demonstration wurde nach wenigen Metern auf der bewilligten Route gestoppt und eine vielfältige Menschengruppe willkürlich eingekesselt. Der Rest der Demonstration solidarisierte sich mit der Gruppe und blieb vor Ort. Um sich das Fest nicht ganz nehmen

zu lassen, wurde kurzerhand eine improvisierte Bühne für Reden gefunden, wurden Musikanlage und Verpflegung vom Kasernenareal zu den Demonstrierenden gezügelt, um so zumindest für die über mehrere Stunden Ausharrenden Feststimmung aufkommen zu lassen. Enttäuschenderweise wurde aber auch die spontane Standkundgebung wieder durch den Einsatz von Tränengas von Seiten der Polizei unterbrochen. Als die Einkesselung nach sechs Stunden aufgelöst wurde, zogen mehr als 1000 Demonstrierende auf der geplanten Route bis zur Kaserne.

Wenn wir auf den diesjährigen 1. Mai zurückschauen, werden wir an den polizeilichen Einsatz denken. Über unsere Themen, mehr Lohn, mehr Rente und Gleichstellung, konnten wir zu wenig sprechen. Es war aber wichtig, dass wir als Sozialdemokrat:innen für unsere demokratischen Grundrechte eingestanden sind. Gemeinsam mit anderen linken Parteien und den Gewerkschaften haben wir unsere Rechte am 1. Mai solidarisch verteidigt. Und das werden wir auch weiterhin tun müssen. Auch deswegen braucht es weiterhin den 1. Mai.

Richtiges Ziel, umstrittene Umsetzung



Lisa Mathys und
Jessica Brandenburger,
Co-Präsidenten
SP Basel-Stadt

Zur OECD-Steuerreform-Vorlage hat die SP Basel-Stadt Stimmfreigabe beschlossen. Nach einer ausführlichen, fairen und lebhaften Debatte befanden die Delegierten, dass weder die Ja- noch die Nein-Argumente eindeutig überwiegen. Die Stimmbürger:innen sollen darum frei entscheiden, welche Gewichtung für sie stimmt.

Wichtiger Grundsatz: Weniger Steuerwettbewerb

Die OECD-Mindeststeuer für Unternehmen ist ein historischer Erfolg und führt zumindest teilweise zu einer Einschränkung des fatalen internationalen Steuerwettbewerbs. Als Folge davon haben sich Bund und Kantone entschieden, eine Ergänzungssteuer einzuführen. Diese sorgt dafür, dass Unternehmen mit Umsätzen von über 750 Millionen Euro mindestens 15 Prozent Gewinnsteuern bezahlen. Dadurch entstehen Mehreinnahmen. Die Teilharmonisierung der globalen Unternehmensbesteuerung ist ein richtiger Grundsatzentscheid, den die SP uneingeschränkt begrüsst.

Unterschiedlich bewertet werden innerhalb der Partei die Vor- und Nachteile der vom Bund beschlossenen Umsetzung. Die Vorlage sieht vor, dass drei Viertel der Mehreinnahmen bei den Kantonen bleiben und ein

Viertel direkt zum Bund geht. Unter den Kantonen wären die Mehreinnahmen sehr unterschiedlich verteilt. Basel-Stadt würde sehr viel mehr profitieren als andere, auch wenn ein Teil davon über den Nationalen Finanzausgleich (NFA) wieder in die finanzschwächeren Kantone fliessen würde.

Dafür ...

In Basel-Stadt nutzen wir – trotz fehlender linker Mehrheit – die finanziellen Möglichkeiten auch, um in Soziales und Klimaschutz zu investieren. Wir scheitern damit auch immer wieder mal an den fehlenden Mehrheiten in Parlament und Regierung. Fakt ist aber, dass aufgrund der guten finanziellen Ausgangslage, der knappen Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat und der sehr soliden Arbeit unserer Regierungs- und Grossrät:innen auch die Finanzierung wichtiger Angebote im Bereich der Bildung, der familienergänzenden Betreuung oder des Klimaschutzes im Parlament eine Chance haben. Aus Basler Sicht besteht die Hoffnung, dass die aus der Reform resultierenden Mehreinnahmen in unserem Kanton für sinnvolle, sozial gerechte Projekte genutzt würden. Auf Bundesebene blieb eine Zweckbindung der Mehreinnahmen für Klimaschutz und Kinderbetreuung chancenlos. Über den NFA würde unser Kanton seinen Beitrag zum Ausgleich erhöhen.

... und dagegen

Mit der vorgeschlagenen Verteilung würden ausgerechnet jene Kantone am meisten profitieren, die finanziell bereits heute gut dastehen. Das Prinzip der Solidarität gebietet deshalb eine gleichmässige Verteilung

unter den Kantonen. Die SP hatte im Bundesparlament andere Lösungen vorgeschlagen und hätte eine Verteilung von 50:50 zwischen Bund und Kantonen mitgetragen. Vorschläge, wie die Mehreinnahmen eingesetzt werden sollten, liegen auf dem Tisch: für Klimaschutzmassnahmen und familienergänzende Betreuung zum Beispiel. Ein Nein an der Urne könnte also möglicherweise zu einer gerechteren und besseren Vorlage führen.

Abgesehen von Basel-Stadt würden von der vom Bund vorgeschlagenen Verteilung jene Kantone stark profitieren, die bekannt dafür sind, mit einer aggressiven Steuerpolitik Wettbewerb zu betreiben. Dass die zusätzlichen Gelder dort aus sozialdemokratischer Sicht sinnvoll eingesetzt würden, ist sehr unwahrscheinlich.

Eine Frage der Gewichtung

An ihrer Versammlung vom 18. April 2023 haben die Delegierten der SP Basel-Stadt Stimmfreigabe beschlossen: Beide Argumentationen schienen der Mehrheit der Delegierten nachvollziehbar. Die Gewichtung sollen die Stimmbürger:innen selbst vornehmen und sich für ein Ja oder Nein entscheiden.

«Beide Argumentationen schienen einer Mehrheit der Delegierten nachvollziehbar.»

CAMPIS FÜR DIE NATIONALRATSWAHLEN IN BASEL-STADT

David engagiert sich, neben seinem Studium in Geschichte und Politikwissenschaften, seit mittlerweile sechs Jahren politisch in der Juso und in der SP Basel-Stadt. Hannah ist seit 2021 Mitglied der SP Basel-Stadt, wobei sie sich davor vorwiegend auf akademischer Ebene mit der Politik auseinandergesetzt hat. Dieses Jahr ist es wichtiger denn je, die sozialen Werte der SP auf Nationalratsebene vertreten zu sehen. Für ein gesellschaftliches Miteinander, für alle statt für wenige und gegen Ausschluss und Diskriminierung jeglicher Art: Dafür steht die SP und dafür werden wir als Campaigner:innen alles geben, um der Partei die grösstmögliche Unterstützung zu verschaffen und den Wahlkampf 2023 zu gewinnen. Gemeinsam können wir eine grosse Bewegung aufbauen und diese Wahlen gewinnen, davon sind wir überzeugt.



David Portmann



Hannah Maguire

Wir ergreifen Partei für mehr Vielfalt im Bürger:innengemeinderat



Marcel Colomb
Vizepräsident SP BS



Stefan Wittlin
Vizepräsident SP BS

Am 18. Juni 2023 finden in Basel die Bürger:innengemeinderatswahlen statt. Das Parlament der grössten Bürger:innengemeinde der Schweiz wird alle sechs Jahre neu gewählt und umfasst 40 Mitglieder. Die SP Basel-Stadt ist stolz, mit einer vollen, vielfältigen und starken Liste anzutreten.



Die Liste der SP Basel-Stadt spiegelt die Diversität innerhalb der Bevölkerung Basels wider. Unsere 40 Kandidierenden repräsentieren alle Alterskategorien sowie viele kulturelle und berufliche Hintergründe. Es sind, bei einem ausgewogenen Geschlechterverhältnis von 50:50, sowohl langjährige Mitglieder als auch neue Gesichter dabei. Einige der Kandidierenden sind Urbasler:innen, andere wurden erst vor kurzem eingebürgert. Und alle sind motiviert, die Bürger:innengemeinde mit neuen Ideen zu bereichern und sich für ein vielfältiges und soziales Basel einzusetzen.

Die SP ist bereits heute gut vertreten im Bürger:innengemeinderat und stellt mit 12 Sitzen die stärkste Fraktion. Dennoch

scheitern viele fortschrittliche Vorstösse und Anträge an der bürgerlichen Mehrheit. Diese gilt es zu knacken, damit der Bürger:innengemeinderat, der in manchen Augen vielleicht antiquiert scheint, endlich ein zukunftsfähiges und lebenswertes Basel mitgestalten und die Ideen und Ziele der SP Basel-Stadt umsetzen kann.



Gewählt wird der Bürger:innengemeinderat – also das Parlament – von den in der Stadt Basel wohnhaften Menschen mit Basler Bürgerrecht. Nicht aber der Bürger:innenrat, die Exekutive der Bürger:innengemeinde. Dieser wird nach alter Tradition vom Parlament gewählt. Dies ist undemokratisch und führt dazu, dass sich die bürgerliche Mehrheit nach wie vor die meisten Plätze in diesem Gremium sichert. Auch deshalb ist es so wichtig, dass die SP bei der Wahl in den Bürger:innengemeinderat zulegen kann. Damit das linke Lager künftig mehr als nur zwei Vertretungen im Bürger:innenrat stellt.

Wir ergreifen Partei für ein vielfältiges Basel und setzen uns für Gleichstellung und faire, bezahlbare Einbürgerungen ohne Diskriminierung ein.

Wir ergreifen Partei für Solidarität und Verantwortung. Wir fordern gute Arbeitsbedingungen im Bürgerspital BSB, im Waisenhaus, in der Forstwirtschaft und bei den Zentralen Diensten. Wir setzen uns für eine moderne Kinderbetreuung ein. Und wir engagieren uns dafür, dass die Bürger:innengemeinde ihre Immobilien nachhaltig bewirtschaftet, damit bezahlbarer und altersgerechter Wohnraum erhalten bleibt. Unser Ziel: ein lebenswertes Basel für alle.



Wir ergreifen Partei für ein nachhaltiges Basel. Wir übernehmen Verantwortung und setzen uns für die Klimaneutralität der Bürger:innengemeinde bis 2037 ein. Wir stehen zudem für eine nachhaltige Nutzung und Pflege des Hardwalds ein, der ein wertvoller Natur- und Lebensraum ist.

Damit die SP Basel-Stadt bei der Wahl zulegen und weiterhin die grösste Fraktion stellen kann, braucht es am 18. Juni jede Stimme.

SOMMERLICHER POLIT-SONNTAG

Dieses Jahr organisieren wir kein klassisches Sommerfest, aber wir planen am Sonntag, 18. Juni 2023, Verschiedenes. Es soll für möglichst viele von euch etwas dabei sein – von harter Parteiarbeit bis zum lockeren Austausch. Für das Nachmittagsprogramm ist ein Raum in der Kaserne gebucht.

- 10–12.00 Uhr: Unterschriftensammeln für den Direktabzug, vor den Urnen-Standorten
- 16 Uhr: Sessionsrückblick mit Sarah und Mustafa
- Ca. 17 Uhr: Die SP spendiert eine Glace zur Feier der Aktionswoche
- Ca. 18 Uhr: Übertragung der Wahlergebnisse der Bürger:innengemeinde

Danach: Apéro und Anstossen im walther bistrobar & buvette

Schuldenfrei dank Direktabzug



Es trifft jährlich tausende Menschen in Basel-Stadt: Sie werden betrieben, weil es ihnen nicht möglich ist, ihre Steuern zu bezahlen. Die letzten Zahlen liegen für 2018 vor: 5700 Basler:innen waren betroffen. Das wollen wir ändern.



Michela Seggiani und Georg Mattmüller,
Leitung der Arbeitsgruppe

Basel mitgestalten

Bereits zum zweiten Mal hat die SP Basel-Stadt Ende letzten Jahres die Bevölkerung mitbestimmen lassen, welches Anliegen als nächste kantonale Volksinitiative lanciert werden soll. Das Projekt «Schuldenfrei dank Direktabzug» hat dabei einen Start-Ziel-Sieg hingelegt. Das zeigt die grosse Akzeptanz der Idee, der Verschuldung wegen offener Steuerrechnungen entgegenzuwirken.

Den Teufelskreis durchbrechen

Wer einmal in die Schuldenfalle tappt, hat es oft schwer, wieder herauszufinden. Neben den Krankenkassenprämien sind die Steuern der häufigste Grund dafür. Das komplizierte Steuerverfahren ist eine grosse Herausforderung für viele Menschen in unserer Gesellschaft. Der Direktabzug der Steuern vom Lohn trägt dazu bei, dass der effektiv zur Verfügung stehende Lohn ausbezahlt wird und sowohl individuelle Notlagen als auch administrative Leerläufe verhindert werden.

Nicht der erste Anlauf

Die Idee eines Direktabzugs stand in Basel-Stadt schon einmal kurz vor der Umsetzung: Der Grosse Rat hatte eine entsprechende Motion von Ruedi Rechsteiner zur Erfüllung an die Regierung überwiesen. Die durch die Regierung 2017 ausgearbeitete Gesetzesvorlage scheiterte mit nur einer Stimme Unterschied an der bürgerlichen Mehrheit im Grosse Rat. In der Folge haben wir die Idee aber nicht aufgegeben. Vielmehr scheint es uns sinnvoll, den freiwilligen Direktabzug der Steuern vom Lohn den Stimmberechtigten zur Abstimmung zu unterbreiten. Und nun starten wir in die Sammelphase dafür!

Angelehnt an die Vorlage von 2017

Der Initiativtext lehnt sich an die Vorlage an, die der Regierungsrat dem Grosse Rat 2017 vorlegte. Die Umsetzung im Detail ist in der Verordnung zu konkretisieren. Sie orientiert sich an den bisherigen administrativen Abläufen der Steuerverwaltung und der Arbeitgebenden, es muss nichts von Grund auf Neues erfunden werden. Der Direktabzug der Steuern vom Lohn soll möglichst nahe beim tatsächlich zu zahlenden Steuerbetrag liegen. Mit diesem – bereits in vielen Ländern gängigen – System wird jener Lohn ausbezahlt, der auch wirklich zur Verfügung steht. Wer den Direktabzug für sich nicht nutzen will, kann dies dem Arbeitgeber melden und wird so vom System des Direktabzugs ausgenommen.

Aktionswoche als Auftakt

Um möglichst viel Sichtbarkeit für unsere neue Initiative und die SP zu erzielen, starten wir mit einer Aktionswoche: Vom 10. bis 18. Juni sammeln wir täglich im ganzen Kanton (siehe Kasten). Melde dich an und hilf mit!

ANMELDUNG



Vom 10. Juni bis 18. Juni 2023 werden wir täglich auf den Strassen Basels sein und möglichst viele Unterschriften für unsere neue Initiative «Schuldenfrei dank Direktabzug» sammeln! Wir sind auf jede Hilfe angewiesen. Melde dich jetzt für eine oder mehrere Schichten an! Anmeldeformular: <https://bit.ly/aktionswoche23>

AGENDA SP BS

- Freitag, 26. Mai 2023, 12.15 Uhr
Feministisches Zmittag der SP Frauen
walther bistrobar & buvette, Kaserne
- 10. – 18. Juni 2023
Sammelwoche Initiative für einen Direktabzug
Anmeldung siehe oben
- Mittwoch, 14. Juni 2023
Frauenstreik
Infos über die Aktivitäten der SP folgen elektronisch
- Sonntag, 18. Juni 2023, ab 16 Uhr
Sommerlicher Polit-Sonntag
Kaserne (siehe Kasten auf Seite 11)
- Donnerstag, 22. Juni 2023, 18.15 Uhr
Neumitgliederanlass und Delegiertenversammlung
Volkshaus Basel, Unionssaal, 1. Stock

Veranstaltungen der SP Basel-Stadt werden jeweils auch im Newsletter am Dienstag per Mail angekündigt. Die Agenda auf der Website www.sp-bs.ch wird laufend aktualisiert und enthält nebst den Terminen der Kantonalpartei auch jene von anderen SP-Organen.

Erfolg für die SP: Kanton fördert zahlbare Wohnungen

Nicht zuletzt dank jahrelanger, konsequenter Arbeit der SP hat der Landrat Ende März ein Wohnbaupaket verabschiedet, das unter anderem auch gemeinnützigen Wohnbau fördert. Bei der sozialen Wohnpolitik startet das Baselbiet bei null. Nun geht es vorwärts.



Adil Koller, Landrat,
Münchenstein



Caroline Rietschi,
Gemeinderätin, Binningen



Einreichung der Initiative «Wohnen für alle» 2015 mit den SP-Vertreter:innen (v.l.) Adil Koller, Susanne Leutenegger Oberholzer, Christoph Hänggi, Kathrin Schweizer, Miriam Locher, Julia Baumgartner, Hannes Schweizer.

Wir wollen zahlbare Mieten. Das ist unser Grundsatz. Deshalb unterstützt die SP, dass gemeinnütziger und genossenschaftlicher Wohnbau gefördert werden. Denn dort wird auf die Miete keine Rendite für einen Immobilienkonzern draufgeschlagen. Die Wohnungen sind deshalb langfristig günstiger, ganz besonders im urbanen Umfeld. Im Kanton Baselland sind solche Wohnformen aktuell noch eine Randerscheinung und die Mieten sind überdurchschnittlich hoch. Obwohl die Zahlen seit Jahren klar sind, hat der Kanton keine eigentliche Wohnpolitik gemacht und wenn, dann nur für das Wohneigentum. Das haben wir nun geändert.

Dank Ausdauer Fortschritte erzielt

Nachdem der Landrat auf eine erste Gesetzesvorlage zur Wohnbauförderung 2019 nicht eingetreten war, wurde an einem Run-

den Tisch eine neue Vorlage ausgearbeitet. Als Vertretung des damaligen Parteipräsidiums haben wir am Runden Tisch teilgenommen und uns dafür stark gemacht, dass die Interessen der Mieterinnen und Mieter berücksichtigt wurden. Die Anliegen unserer SP-Initiative, die wir bereits 2015 eingereicht hatten, sind auch eingeflossen.

Ende März hat der Landrat nun ein Gesetz verabschiedet, das unsere Anliegen abbildet. Es hat lange gedauert, aber was wir nun erreicht haben, ist ein wichtiger Meilenstein: Endlich fördert der Kanton zahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum. Der Kanton unterstützt die Organisationen des gemeinnützigen Wohnbaus in der Projektentwicklung und wird den Genossenschaften eigenes Land im Baurecht zur Verfügung stellen. Ausserdem wird der Kanton dafür auch zusätzliche Grundstücke erwerben. Das ist ein grosser Schritt nach vorne.

SP zieht Initiative zurück

Weitere Massnahmen im 40 Millionen schweren Kompromisspaket sind die Förderung von Energiesanierungen oder des altersgerechten Wohnens. Wir wollen die finanzielle Unterstützung dafür schaffen oder stärken, dass Eigentümer:innen ihr Haus sanieren und ältere Bewohnende in ihrem Haus oder ihrer Wohnung bleiben können. Ausserdem werden auch Anreize für den Mittelstand geschaffen, auf ein Eigenheim hin zu sparen.

Insgesamt können wir mit dem Gesamtpaket sehr gut leben. Der Landrat hat das Gesetz einstimmig verabschiedet und es wurde kein Referendum ergriffen. Somit können wir unsere Wohninitiative zurückziehen – und das mit gutem Gewissen: Wir sind in der Wohnpolitik einen grossen Schritt weitergekommen.

VAKANZ SCHULRAT GYMNASIUM LIESTAL

Im Schulrat Gymnasium Liestal wird ab Juli 2023 ein Sitz frei, den die SP Baselland besetzen kann. Der Schulrat trägt die strategische Verantwortung für die jeweilige Schule. Er genehmigt das Schulprogramm, ist die Anstellungsbehörde und die zweite Rekursinstanz bei Beschwerden. Wer sich für den freien Sitz im Schulrat Gymnasium Liestal interessiert, kann sich bis am 15. Juni per Mail (info@sp-bl.ch) melden.

DANKE, MICHÈLE!

Seit 2020 war Michèle Meyer Präsidentin der SP Frauen BL. Nach drei intensiven Jahren tritt sie nun zurück. Michèle gebührt für ihren Einsatz als Präsidentin der SP Frauen BL unser grösster Dank! Seit Jahren engagiert sie sich im Kanton Baselland mit viel Einfallsreichtum unermüdlich und hartnäckig für konkrete Frauenpolitik und echte Gleichstellung. Dieses Engagement hat sie auch als Präsidentin der SP Frauen weitergeführt. Die aktivistischen Wurzeln von Michèle zeigten sich in vielfältigen Unternehmungen, zuletzt bei der eindrücklichen Aktion zu «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» mit unzähligen roten Schuhen im Städtli in Liestal, jedes Paar als Symbol für einen Femizid. Deine Beharrlichkeit, dein grosses Engagement, deine unermüdliche Kreativität sollen uns Vorbild sein. Wir wünschen dir, liebe Michèle, von Herzen nur das Beste für deine Zukunft und freuen uns, dass du uns als Mitglied der SP Baselland erhalten bleibst.

Miriam Locher, Präsidentin SP BL

Nach den kantonalen Wahlen ist vor den nationalen Wahlen

Nachdem wir im Februar bereits die kantonalen Wahlen im Baselbiet bestritten haben, stehen nun die nationalen Wahlen vom 22. Oktober 2023 im Fokus. Mit Samira Marti und Eric Nussbaumer hat die SP Baselland das Glück, dass zwei überaus profilierte Politiker:innen erneut zur Wahl in den Nationalrat antreten. Ihre Sitze zu verteidigen ist unser Ziel, dafür brauchen wir einen aktiven Wahlkampf und den Einsatz von allen. Miriam Locher, Präsidentin SP Baselland



Die Nationalratskandidat:innen nach der Nomination an der GDV.

Sowohl Samira Marti als auch Eric Nussbaumer haben mit ihrer jahrelangen politischen Arbeit bewiesen, dass sie mit ihren Kernthemen Kaufkraft, Klimaschutz, Europa und Migration die Schweizer Politik massgeblich mitgestalten. Darüber hinaus sind sowohl Samira Marti als auch Eric Nussbaumer wichtige Ansprechpersonen für Parlamentarier:innen anderer Parteien und beteiligen sich stets an der Kompromissfindung im Nationalrat. Mit ihrer Arbeit im Parlament leisten sie einen wichtigen Beitrag für eine soziale, ökologische und europäisch vernetzte Schweiz.

Starke und vielfältige Liste

Neben Samira Marti und Eric Nussbaumer wurden für die starke und vielfältige Liste der SP Baselland Tania Cucè, Miriam Locher,

Thomas Noack, Florian Schreier und Sandra Strüby-Schaub nominiert. Alle sieben Kandidierenden verfügen über grosse Kompetenz und eindruckliche Leistungsausweise. Auch geografisch wird mit der Liste das Kantonsgebiet gut abgedeckt. Thematisch sind wir ebenfalls breit aufgestellt: Die Schwerpunkte der Kandidierenden liegen bei der Klimapolitik, der Gleichstellung, der Stärkung der Kaufkraft sowie der sozialen und gesellschaftlichen Gerechtigkeit. Indem wir diese Themen verbinden, stehen wir alle gemeinsam ein für eine gerechte und fortschrittliche Schweiz!

Der Wahlkampf hat bereits begonnen

Nun ist es an uns allen, einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen. Wie immer gilt: Die Bürgerlichen haben das Geld, wir haben die

Menschen. Ohne den Einsatz der SP-Basis kann kein erfolgreicher Wahlkampf gelingen. Deshalb ist es wichtig, dass wir bis im Herbst nochmals vollen Einsatz geben. Auch wenn die letzten Wahlen noch nicht lange zurückliegen, gilt es nun nochmals alles daranzusetzen, dass wir am 22. Oktober gut abschneiden.

Polit-Apéros und Telefonaktionen

Vor diesem Hintergrund hat die Basis-Kampagne bereits begonnen. Bis nach den Sommerferien finden bei Interessierten zu Hause unsere Polit-Apéros statt. Personen, die Lust haben, bei sich zu Hause einen Polit-Apéro zu organisieren, können sich jederzeit melden (www.sp-bl.ch/politapero). Ab August glühen dann wieder die «Telefondrähte»: Vom 19. bis am 26. August rufen wir unsere Mitglieder und Sympathisant:innen an, um sie für die Mitarbeit in der heissen Phase zu gewinnen. Diese startet dann ab dem 30. September. Ab diesem Datum werden wir wieder möglichst viele unsere Wähler:innen anrufen, um sie an die Wahl zu erinnern bzw. sie zur Teilnahme an der Wahl zu motivieren. Denn bei den Wahlen gilt: Wer seine Wähler:innen mobilisiert, schneidet gut ab. Wenn du bereits jetzt weisst, dass du beim Mitgliedertelefonieren oder beim Telefonieren während der heissen Phase mithelfen kannst, dann melde dich direkt unter folgendem Link an: sp-bl.ch/telefonieren

bleibt uns noch, auf den nächsten Termin hinzuweisen: Am Sonntag, 25. Juni findet das Sommerfest der SP Baselland statt. Alle Kandidierenden werden am Sommerfest der SP Baselland präsent sein – eine gute Gelegenheit, unsere Kandidat:innen in lockerem Rahmen kennenzulernen. Wir freuen uns auf einen geselligen Anlass, an dem wir gemeinsam nochmals Schwung holen, um unsere beiden Nationalratssitze zu verteidigen.

AGENDA SP BL

- 5. Juni, 19.15 Uhr
Koordinationskonferenz
Markthalle Basel
- 21. Juni, 19.30 Uhr
Sessionsbericht
Spitex-Zentrum Binningen,
Baslerstrasse 35
- 28. Juni, 19 Uhr
Delegiertenversammlung
Friedhofweg 7, Zwingen
- 19. August, ganztags
Telefonamstag: Mitglieder mobilisieren
Infos folgen
- 26. August, ganztags
Telefonamstag: Mitglieder mobilisieren
Infos folgen

Kandidat:innen für die Nationalratswahlen

Am 25. März nominierten die Delegierten der SP Baselland die Kandidat:innen für die Nationalratswahlen vom 22. Oktober 2023. Zur Wahl standen neun bestens geeignete und profilierte Persönlichkeiten. Die SP Baselland ist stolz, dass wir so viele engagierte und kompetente Menschen in unseren Reihen haben. Hier die Kandidat:innen, mit welchen die SP Baselland zu den Nationalratswahlen antritt, im Kurzporträt.



Samira Marti, Nationalrätin, bisher Vize-Präsidentin SP-Bundeshausfraktion
Ökonomin



Eric Nussbaumer, Nationalrat, bisher Präsident NEBS Sektion Basel
Elektroingenieur



Tania Cucè, Landrätin
Co-Präsidentin VPOD Region Basel
Juristin



Miriam Locher, Landrätin
Präsidentin SP Baselland
Pädagogin



Florian Schreier, Mitglied Gemeindegemeinschaft Birsfelden, Vorstand Pro Natura Baselland, Geschäftsführer VCS beider Basel



Sandra Strüby-Schaub, Landrätin
Vize-Präsidentin SP-Landratsfraktion
Finanzverwalterin



Thomas Noack, Landrat
Präsident Umweltschutz- und Energiekommission (Landrat), Leiter Bereich Hochbau/Planung Stadt Liestal

SOMMERFEST 2023

Am 25. Juni findet das Sommerfest 2023 der SP Baselland statt. Ab 16 Uhr gibt es auf dem Areal der katholischen Kirchgemeinde Liestal (Bruder Klaus) Verpflegung sowie Redebeiträge von unseren Nationalratskandidat:innen, auch für musikalische Unterhaltung ist gesorgt. Das Sommerfest ist die ideale Gelegenheit, um als Partei auch mal das Gesellige in den Vordergrund zu rücken.

AUS DEM GROSSEN RAT

Zwischenbilanz im Hinblick auf starke Wahlkämpfe

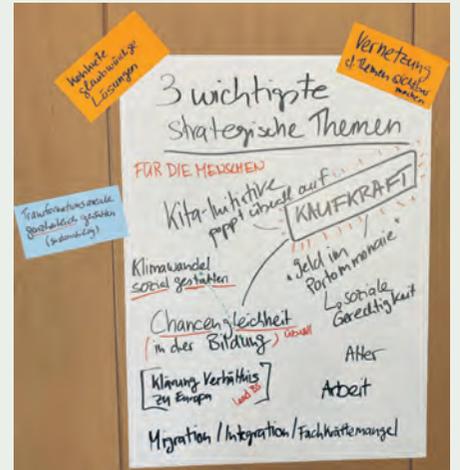
Als neues Fraktionspräsidium haben wir im ersten Quartal eine Retraite der SP-Fraktion inklusive unserer nationalen Parlamentarier:innen durchgeführt. Im neu sanierten Saal der Genossenschaft Wohnen und mehr auf dem Westfeld kamen die nahezu komplette Grossratsfraktion sowie die amtierenden Nationalratsmitglieder Mustafa und Sarah zusammen.

Ziel der von Gabi Mächler professionell moderierten Retraite waren eine Zwischenbilanz der Legislatur und konkrete Ansatzpunkte, wie wir die sechs nationalen Wahlkampfeswerpunkte «Kaufkraft, Klimakrise, Gleichstellung, Armut, Service Public, Europa» im Grossen Rat flankieren können. Aus-

serdem wollten wir gemeinsam Vorstösse andenken, die wir sowohl national wie auch kantonal zeitgleich einreichen könnten, um die politische Arbeit auf beiden Ebenen näher zusammenzubringen, zu verbinden und sichtbar zu machen.

Mit klaren inhaltlichen Zielen bereiten wir uns auf einen starken Wahlkampf dieses Jahr und auch nächstes Jahr vor.

Michela Seggiani, Fraktionspräsidentin
Jean-Luc Perret, Vize-Fraktionspräsident
Franziska Roth, Vize-Fraktionspräsidentin



AUS DEM LANDRAT

Einführung des Mammographie-Screening-Programms im Kanton BL



Pascale Meschberger,
Landrätin

Im europäischen Vergleich steckt die Schweiz bezüglich medizinischer Prävention in den Kinderschuhen. Verkompliziert wird die Situation durch den Föderalismus. So erklärt es sich, dass das Mammographie-Screening-Programm nicht in allen Kantonen existiert.

Nach den guten Erfahrungen international und auch in Basel-Stadt war es im Kanton Basel-Landschaft an der Zeit, wieder einen Vorstoss für die Einführung des Programms zu wagen – acht Jahre nach einem negativen

Entscheid. Dank den neusten Studien und Daten gibt es in unserer Fraktion heute keine Opposition mehr.

Ein Vorsorge- oder Früherkennungsprogramm muss verschiedene Kriterien erfüllen: Es sollte einen klaren medizinischen Benefit aufweisen, einfach durchzuführen und wirtschaftlich sein. Dies alles ist beim Mammographie-Screening gegeben.

Breite Unterstützung im Parlament

Die Landratsdebatte begann verhalten, klar war aber schon zu Beginn mindestens eine Überweisung als Postulat. Allerdings hatten wir den Vorstoss als Motion eingereicht. Wir wollten kein erneutes Prüfen, sondern die Umsetzung. Dank überparteilicher Unterstützung von Frauen kippte die Stimmung im Verlauf der Diskussion in Richtung Motion. Unerwartete Unterstützung von SVP-Männern machte die Sache schliesslich klar. Die Motion wurde

mit grossem Mehr überwiesen. Der neugewählte Regierungsrat ist nun gefordert, das Programm so rasch wie möglich einzuführen. Denn die Baselbieter Frauen sind nicht anders gebaut als die Baselstädter Frauen – sie verdienen die gleiche medizinische Behandlung!

Bessere Prognosen dank früher Erkennung

Das Programm hat verschiedene Vorteile: Es sensibilisiert und informiert über und für das Thema Brustkrebs und die Vorsorgemöglichkeiten, vor allem steht die Untersuchung allen offen, gerade auch Frauen mit geringem Einkommen ohne bekannte Risikofaktoren.

Den vielen von Brustkrebs betroffenen Frauen ab 50 Jahren wird die Diagnose in Zukunft hoffentlich früher gestellt, so dass ihnen und ihren Familien durch weniger belastende Therapien und bessere Prognosen viel Leid erspart bleibt.